

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Johnny Michau.**
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang, Wien, Mittwoch, 18. Dezember 1918. Nr. 483.

Richtigstellung der Marmeladeabgabe. In der gestern verlautbarten Notiz über die morgen beginnende Marmeladeabgabe hat sich insofern ein Irrtum eingeschlichen, als selbstverständlich nicht $\frac{1}{2}$ kg, sondern $\frac{1}{4}$ kg für jede Person des Haushaltes zur Ausgabe gelangt.

Maassnahmen gegen das Schwarzfahren. Zur Abstellung der vielen Schwarzfahrten auf den städtischen Strassenbahnen wurde im Sommer dieses Jahres von den Gemeinderäten Ignaz Fischer, und Bigner beantragt, bei den frequentierten Endstationen Bahnsteigsperranlagen mit Vorverkaufsstellen einzurichten. Auf Grund von Erhebungen hat sich ergeben, dass die Einrichtung einer solchen Anlage 80 bis 100.000 Kronen und die Betriebskosten jedesmal ungefähr 80 Kronen betragen würden. Mit Rücksicht auf diese unverhältnismässig grossen Kosten und der fast unmöglichen Beschaffung der erforderlichen Baustoffe hat StR. Schneider die Ablehnung dieser Anträge beantragt und der Stadtrat der Ablehnung zugestimmt.

Brennholzversorgung in Lainzer Tiergarten. Um den Mangel an Brennmaterialien in Wien einigermaßen zu steuern, ist, wie bereits mitgeteilt wurde, Bürgermeister Dr. Weiskirchner an den Staatsnotar mit dem Ersuchen herangetreten, das Sammeln von Kleubholz im Lainzer Tiergarten den Armen der angrenzenden Bezirke zu gestatten. Auch hat der Bürgermeister die Aufmerksamkeit des Herrn Staatsnotars auf die Durchforstung der Waldbestände des Tiergartens gelenkt und um Ueberlassung des bereits dort lagernden aufgearbeiteten Brennholzes ersucht. Das Staatsnotariat hat nunmehr den Bürgermeister eingeladen, wegen Uebernahme des aufgearbeiteten Holzes, sowie weiterer Schlägerungen sich mit dem Oberjägermeisteramt ins Einvernehmen zu setzen; Der Abtransport des Holzes und die Vornahme der Schlägerungen wurde bereits in die Wege geleitet. Auf das Sammeln von Kleubholz hat das Staatsnotariat grundsätzlich gestattet und werden diesbezüglich die näheren Modalitäten noch verlaublich werden.

Sehr geehrter Herr Kollega!

Nachdem für das kommende Jahr wieder neue Tramwayfreikarten ausgestellt werden, ersuche ich Sie, mir möglichst umgehend eine auf Karton aufgelegte Photographie im Visitenkartenformat nebst K 10.- für die Stempelgebühr zu übermitteln. Die Strassenbahndirektion macht aufmerksam, dass sie heuer nur aufgelegte Photographien verwendet.

Mit vorzüglicher Hochachtung
F. Michau.

Wiener Gemeinderat
Sitzung am 18. Dezember 1918.

Vorsitzender Bürgermeister **Dr. Weiskirchner** bringt eine Zusage des Staatskanzlers Dr. Renner auf die Interpellation des GR. Dr. Hein über die Wahlkreiseinteilung zur Kenntnis, wonach die Interpellation erst nach den Beratungen des Ausschusses in den Staatsrat gelangt sei, dass der Inhalt derselben jedoch infolge von Anträgen der Abgeordneten Dr. Kuranda und Friedmann Gegenstand der Beratungen war. Weder die Staatsratskommission, noch der Wahlgesetzausschuss habe aber diesen Anträgen zugestimmt.

Bürgermeister **Dr. Weiskirchner** macht folgende Mitteilung: In der furchtbaren Kohlennot, in die wir durch die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit geraten sind, haben wir auch die Hilfe der Gesandten der neutralen Staaten zur Abwendung der drohenden Katastrophe erbeten. Diese Bitte hat die wohlwollendste und rascheste Förderung erfahren. Nunzins Graf Valfré ist als Doyen der Gesandten der neutralen Mächte und im Namen derselben für die Stadt Wien eingetreten. Weiters hat es der Nunzins unternommen, das wohlwollende Interesse des Heiligen Vaters für unsere schwer geprüfte Vaterstadt anzurufen. Die Gesandten von Schweden und der Schweiz haben sich persönlich nach Prag begeben und dort selbst die von uns übernommenen Schritte nachdrücklich unterstützt. Ich beehre mich dem versammelten Gemeinderate dies zur Kenntnis zu bringen und fühle mich Ihrer Zustimmung sicher, wenn ich den diplomatischen Korps, Seiner Eminenz den apostolischen Nunzins und den Herren Gesandten von Schweden und der Schweiz für Ihr machtvolles Eingreifen im Namen der Stadt Wien von dieser Stelle aus den tiefempfundenen Dank ausspreche.

Bürgermeister **Dr. Weiskirchner** teilt weiters mit: Es waren heute 2 Wiener Bürger bei mir, die Herren Engelhart und Wanko, welche namens des Direktoriums des Wiener Trabrennvereines Titress von 80.000 Kronen Kriegsanleihe mir übergaben mit der Bestimmung diesen Betrag dem Karolinen Kinderspital im 9. Bezirk zur Linderung seiner Not Bravourufe zu übermitteln. Diese Tat zeigt von gutem Bürgersinn und halte ich mich verpflichtet, namens des Gemeinderates den herzlichsten Dank auszusprechen. Der Betrag wird sofort seinem Zwecke zugeführt werden und habe ich die Genugtuung, dass wenigstens ein Kinderspital für die nächste Zeit versorgt ist. Es wird aber auch unsere Aufgabe sein, den anderen Kinderspitälern zu helfen und jene Hilfe zu bringen, die sie besitzen müssen.

Der Bürgermeister teilt noch mit, dass die Wiener Sterilisierungsgesellschaft für arme Schulkinder des 3. Bezirkes 1000 Kronen und M. Dämmichen, österreichisch-ungarischer Generalkonsul in Stockholm das Ergebnis einer Sammlung von K 584.- für wohltätige Zwecke gespendet haben. Ueber die Anfrage des GR. Jung aus der letzten Sitzung, betreffend die Unterbringung der jüdischen Truppe der Stadtschutzwache in den beiden Schulen, 2. Bezirk Weintraubengasse 13 und Untere Augartenstrasse 3 wird folgendes berichtet: Die beiden Schulen, stehen seit Kriegseingangs in militärischer Verwendung. Beide wurden in letzter Zeit vom Platzkommando der jüdischen Truppe der Stadtschutzwache zugewiesen. Letztere Schule wurde speziell aus dem Grunde in Anspruch genommen, weil die bisher von der genannten Truppe benutzten Räumlichkeiten in der

Schule 20. Bezirk Traustrasse 9 wegen sanitärer Uebstände geräumt werden mussten. Mit Rücksicht auf den Umstand, dass die Schulen durch die wiederholten Diquartierungen während der Kriegszeit sehr stark gelitten haben, das weiters gegenwärtig die Heeresverwaltung Kasernen und andere Bequartierungsobjekte genügend zur Verfügung stehen, ferner im Hinblick auf den alten Bestand der beiden genannten Schulhäuser und die veralteten Abortanlagen in denselben, endlich mit Rücksicht darauf, dass gerade der 2. Bezirk ein besonders kinderreicher ist, wird der Magistrat an den zuständigen Stellen wegen ehester Rückstellung der genannten Schulgebäude herantreten. Im übrigen wird es doch endlich wieder an der Zeit sein, dass der volle Unterricht eingeführt werden muss. Ich habe mich deshalb an den Staatsrat gewendet, um in dieser Weise und in diesem Sinne Ordnung zu machen.

Die GR. **Kohl**, **Langer** und **Simon** stellen folgende Anfrage: Anlässlich der Uebersiedlung des alten Naschamrktes, wurde Auftrag gegeben, alle Objekte auf den Gründen des alten Platzes ehestens abzutragen. In einer missverständlichen Auffassung dieses Auftrages hat die städtische Strassenbahn auch das Wartehaus, gegenüber der Seession abgetragen, obwohl das Wartehaus unbedingt notwendig ist. Es wird daher gefragt, wann ein neues aufgestellt wird.

Bürgermeister **Dr. Weiskirchner**: Ich muss mir selbst die Situation ansehen und werde dann die nötigen Verfügungen treffen. Ich betachte die Interpellation des GR. Kohl für gerechtfertigt.

GR. **Gohout** interpelliert darüber, ob es nicht möglich sei, den Buchdruckereien die Benützung der Motore bis 4 Uhr nachmittags zu gestatten, da die Maschinen infolge des Zurichtens oft stundenlang stehen müssen.

Der Bürgermeister erwidert, dass er diese Interpellation als Antrag behandeln werde.

GR. **Dr. Hein** stellt namens des demokratischen Parteiverbandes folgende Anfrage: Entsprechend der vor kurzem erfolgten Umgestaltung des Wiener Gemeinderates soll auch in nächster Zeit eine Neukonstituierung provisorischer Bezirksvertretungen stattfinden. Unser Verband tritt programmgemäss für eine Demokratisierung der Bezirksvertretungen und ausgiebiger Heranziehung der Vertreter der Arbeiterschaft zu diesen Körperschaften ein. Wir stehen auf dem Standpunkte, dass nach Analogie der Zusammensetzung der provisorischen Nationalversammlung und der provisorischen Landesversammlung die Neukonstituierung der provisorischen Bezirksvertretungen auf Grundlage der Wahlergebnisse aus der allgemeinen Curie des Gemeinderates eventuell der letzten Reichsratswahlen stattfinden sollte. Demgemäss würde das freiheitliche Bürgertum zwar eine erhebliche Einbusse in der Vertretung des zweiten Bezirkes erleiden, doch würde unseren Vertretern die Mehrheit in der Bezirksvertretung der Inneren Stadt, eine erhebliche Anzahl von Mandaten in dem 4., 7. und 9. Bezirk, sowie ein Sitz in der Vorsteherung im 1., 4., 7. und 9. Bezirke gebühren. Alle diese berechtigten Forderungen des freiheitlichen Bürgertums finden in den Vorschlägen der anderen Parteien nicht die mindeste Berücksichtigung. Man geht in diesen Vorschlägen sogar so weit, die bürgerlich freiheitlichen Vertreter des 9. Bezirkes, in welchem die Zahl der bürgerlich freiheitlichen Stimmen noch bei der letzten

Wahl aus der allgemeinen Curie weit höher war, als die der sozialdemokratischen Stimmen, auf 2 sage zwei unter dreissig Mitgliedern einzuschränken. Indem ich gegen eine derartige allen Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit widersprechende brutale Vergewaltigung des demokratischen Bürgertums entschiedenen Protest erhebe, stelle ich die Anfrage: Ist der Bürgermeister geneigt, bei seinen Vorschlägen wegen Umgestaltung der Bezirksvertretungen alle Parteien, demnach auch das freiheitliche Bürgertum nach Massgabe der aus den letzten allgemeinen Wahlen hervorgehenden Kräfteverhältnisse gleichmässig zu berücksichtigen?

Bgm. **Dr. Weiskirchner**: Bevor ich die Interpellation beantworte, muß ich den Herrn Gemeinderat Dr. Hein wegen des in der Interpellation enthaltenen Ausdruckes „brutale Vergewaltigung“ zur Ordnung rufen. Die Vereinbarungen zweier Volksparteien dürfen nicht als brutale Vergewaltigung bezeichnet werden. (Zwischenruf des Gem.-Rates Dr. Granitsch). Herr Gemeinderat Dr. Granitsch, ich rufe auch Sie zur Ordnung! Ich möchte die beiden Herren, die doch Juristen sind, bitten, die ergangene Vollzugsanweisung des Staatsrates vom 4. Dezember 1918 über die einstweilige Ergänzung der bestehenden Gemeindevertretungen zu lesen. Die Nationalversammlung, der wir im Gemeinderate einstimmig Treue gelobt haben, hat ein Gesetz beschlossen, demzufolge die Nationalversammlung sich vorbehält, eine Gemeindevahlordnung zu erlassen und zwar so, daß binnen drei Monaten die definitiven Wahlen in den Wiener Gemeinderat vorgenommen werden können. Bis dahin sind die bestehenden Gemeindevertretungen zu umzugestalten, daß die Vertreter der Arbeiterschaft entsprechend Sitz und Stimme finden. (Zustimmung, Zwischenrufe der Gemeinderäte Dr. Hein und Dr. Granitsch). Reden wir doch nicht von Kosten, sondern von allgemein öffentlichen Angelegenheiten. Ich bitte Herr Dr. Granitsch zu verzeihen, Sie kommen immer wieder auf das ^{alte} Wahlkörpersystem zurück. (Zwischenrufe). Herr Dr. Granitsch scheint der Meinung zu sein, daß er das Wort hat und ich ihn durch unberufene Zwischenrufe unterbreche. (Heiterkeit). Nach dem § 1 der Vollzugsanweisung sind die Vertreter der Arbeiterschaft annähernd in jenem Verhältnis in die Gemeindevertretung zu berufen, in dem sich die Zahl der über 24 Jahre alten männlichen Arbeiter zu der Zahl der übrigen über 24 Jahre alten männlichen Einwohner der Gemeinde zur Zeit der Berufszählung vom 31. Dezember 1910 befand. Ich muß hier von diesem Platze sagen, daß die Sozialdemokratische Partei mit Entgegenkommen das Verhältnis im Gemeinderate und in den Bezirksvertretungen bestimmt hat. (Hört!). Bei strikter Anwendung dieser Relation wäre das Verhältnis für die bürgerlichen Parteien ungünstiger ausgefallen. Jetzt Herr Dr. Granitsch frage ich Sie: Welcher Arbeiterschaft vertreten Sie denn? (Rufe bei den Sozialdemokraten und bei den Christlichsozialen: So ist es! - Zwischenrufe des Interpellanten). Sie haben es während Ihrer Dezzennien langen Herrschaft nicht verstanden, auch nur einen Bruchteil der Arbeiterschaft unter Ihre Herrschaft zu bringen. (Zustimmung). Nach der Vollzugsanweisung der Staatsregierung hat sich der Bürgermeister mit den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft ins Einvernehmen zu setzen. Ich habe das pflichtgemäß mit den Vertretern der sozialdemokratischen der christlichsozialen und deutschnationalen Arbeiterschaft getan. Ich habe keine Verpflichtung gehabt, nicht mit Herrn Dr. Hein ins Einvernehmen zu setzen, weil er kein Vertrauensmann der Arbeiterschaft ist.

GR. **Stein** Er vertritt uns ja auch nicht, wenn er uns die Ausschussmandate wegnimmt. (Heiterkeit).